Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(Für die Redaction bestimmte Manuscripte nicht an die Redaction nicht bestimmt.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 18 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 319. Freitag den 15. November 1889. 83. Jahrgang.

## Amtliche Bekanntmachungen.

### Wahl von Kirchenvorstehern zu St. Nicolai.

Die geprüfte Liste der Wahlberechtigten für die demnächstige Wahl von Kirchenvorstehern für die Nicolaigemeinde liegt

**am 13., 14., 15. und 16. November d. J.,**
Vormittags von 9—12 Uhr
in der Kirchenexpedition zu St. Nicolai, am Nicolaikirchhof Nr. 4, pt., zur Einsicht aus.

Leipzig, am 12. November 1889.

**Der Kirchenvorstand zu St. Nicolai.**
D. Hölscher.

### Bekanntmachung.

Auf sein Ansuchen ist Herr **Heinrich August Wilhelm Zehn,** Schornsteinfegermeister, jetzt Bayerische Straße Nr. 12, aus dem von ihm bisher bekleideten Amte eines Armenpflegers im 39. Districte entlassen worden.

Wir sprechen ihm hiermit unseren Dank für die unserem Armenwesen gewährte Mitwirkung aus.

Leipzig, den 7. November 1889.

**Das Armendirectorium.**
A. R. 857. Ludwig-Wolf. Actuar.

Vor einigen Tagen wurde einem hiesigen Droschkenkutscher statt eines Einmarkstücks

**ein 20-Markstück**

in Zahlung gegeben.

Der unbekannte Verlustträger kann den ihm zustehenden Betrag gegen gehörige Legitimation und Zahlung der entstandenen Kosten an unterzeichneter Amtsstelle in Empfang nehmen.

Leipzig, am 26. October 1889.

**Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.**
VII. 3406. Breitschneider. Mt.

### Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf die nahe bevorstehende Einverleibung des hiesigen Orts in den Stadtbezirk Leipzig und die damit zusammenhängende Uebergabe der Cassenverwaltung ersuchen wir hiermit alle Diejenigen, welche noch Ansprüche für gelieferte **Arbeiten** oder **Materialien** irgend welcher Art an die hiesige **Gemeinde** oder **Schule** zu machen haben, uns ihre bezüglichen **Rechnungen,** soweit dies nicht bereits geschehen, **ungesäumt** zuzustellen.

Gohlis, am 7. November 1889.

**Die Gemeinde- und Schulcassen-Verwaltung.**
Singer. Bergt.

**Schönefeld.** Die Herstellung von **Erd-, Beschleusungs- und Verbreiterungs-Arbeiten** in der verlängerten **Leipziger Straße,** und zwar der Tract von der Dimpfelschen Wachstuchfabrik bis zur Lindenstraße, soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen im Gemeindeamte Hauptstraße Nr. 45, aus und können daselbst eingesehen, oder gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind verschlossen und portofrei, mit entsprechender Aufschrift versehen, ebendaselbst und zwar **bis zum 25. dieses Monats,** Nachmittags 5 Uhr, einzureichen.

Der unterzeichnete Gemeinderath behält sich die Auswahl unter den Bewerbern und die etwaige Theilung der Arbeiten oder die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Schönefeld, am 13. November 1889.

**Der Gemeinderath.**
Lorenz.

## Zur parlamentarischen Lage in Sachsen.

* Wieder einmal ist die parlamentarische Vertretung des Landes in Sachsens Haupt- und Residenzstadt versammelt, um die ihr in der Staatsverfassung vorgezeichneten Rechte und Pflichten in Ausübung zu bringen. Se. Majestät der König sah sich am Mittwoch von seinen getreuen Herren Ständen umgeben und, indem er sie herzlich willkommen hieß, vermochte er in einer knappen, aber der Wärme und Herzlichkeit des Tones nicht entbehrenden Thronrede ein erfreuliches Bild dessen zu entrollen, was der Berathung und Beschlußfassung der beiden Kammern des Landtages harret.

In der Thronrede ist zuvörderst von Allerhöchster Stelle constatirt, daß die wirthschaftliche Lage des Landes günstig und erfreulich sich gestaltet hat. Industrie und Handel seien in weiterem Aufschwunge begriffen und damit zugleich eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Classen eingetreten. Weiter wird aus königlichem Munde bestätigt, daß die in allen Theilen des Landes und bei allen Classen der Bevölkerung erkennbare arbeitsame Thätigkeit auf den meisten Gebieten nicht ohne entsprechenden Lohn bleibt und daß das Vertrauen auf die Erhaltung des Friedens die Zuversicht auf weitere fruchtbare Erfolge befestigt. Es kann wohl kein Zweifel darüber sein, daß diese Darlegungen auf Grund besser, der Königl. Staatsregierung wie Niemand Anderem zu Gebote stehender Informationen beruhen und daß in ihnen der Ausdruck der vollen Wahrheit vorhanden ist. Der also in feierlicher Stunde festgestellte Sachverhalt spiegelt die wirthschaftliche Lage des Landes in einer so hocherfreulichen Weise wider, daß darüber die berufsmäßigen Zweifler und Oppositionshelden verstummen müssen und daß ihnen ein guter Theil des Wassers entzogen sein wird, womit sie ihre Klappermühle bei der bevorstehenden Reichstagswahl in Gang zu bringen versuchen wollten. Was sind in der socialistischen und deutschfreisinnigen Presse nicht alles für düstere Bilder von dem wirthschaftlichen Rückgang und Elend, in dem unser Reich begriffen sein solle, entworfen worden? Welche jammervollen Schilderungen konnte und kann man noch tagtäglich in den Versammlungen und den Winkelblättchen der socialdemokratischen Partei hören und lesen von der absoluten Unpfänglichkeit der Löhne der Arbeiter? Und nun kommt eine so authentische Kundgebung wie die sächsische Thronrede und macht klar und bündig noch, daß alle diese Schilderungen Lügengespinste von derjenigen bedenklichster Art sind, daß sie zu dem wirklichen Sachverhalt in vollem Widerspruche stehen. Das steht nicht in der sächsischen Thronrede und das hat sie auch nicht sagen wollen, daß die Noth in der Welt nicht aufhören wird, daß Vieles in den Erwerbsverhältnissen der Massen noch besser werden kann und werden muß, aber sie hat an der Hand von Thatsachen constatirt, daß sehr Vieles besser geworden ist und daß die allgemeinen wirthschaftlichen Verhältnisse in erfreulichem Aufschwunge begriffen sind, wovon die eigentliche Arbeiterwelt keine Ausnahme macht. Ein solches autoritatives Zeugniß kommt, angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen, gerade zur rechten Stunde. Sachsen ist nur ein Theil des Reiches, aber es ist ein hervorragendes und kräftiges Glied desselben, und wenn die Dinge im Reich in der That so faul und reformbedürftig wären, wie sie von den Führern und der Presse der Oppositionsparteien hingestellt werden, dann müßte sich Solches auch in der volkswirthschaftlichen und finanziellen Lage unseres Landes zeigen. Nein, König Albert hat sich in der Lage befunden, auf Grund vollgültiger Beweise zu constatiren, daß die Herren Richter, Rickert, Bebel und wie alle die Unglücksraben im Reichstag sonst heißen, falsche Propheten sind, und daß es von der deutschen Wählerschaft höchst unklug und unvernünftig wäre, auf ihre Ausführungen und Anklagen Gewicht zu legen.

Wir erfahren aus der Thronrede weiter, daß in Folge der erfreulichen Finanzlage die Regierung in den Stand gesetzt ist, nicht nur reichliche Mittel zur Förderung aller Zweige der Staatsverwaltung und der Interessen von Kunst und Wissenschaft zu bewilligen, sondern auch weitere Schritte zur Unterstützung der Gemeinden in Aussicht zu nehmen. Es wird vorgeschlagen, den Schulgemeinden neben der schon bisher gewährten Ueberweisung eines Theiles der Grundsteuer eine fernere bedeutende Unterstützung in der Form von Beiträgen zur Besoldung der Lehrer zuzuwenden und in Verbindung damit auf eine allgemeine Ermäßigung des Schulgeldes in den Volksschulen des Landes und eine verhältnißmäßige Erhöhung des Minimalgehaltes der Lehrer hinzuwirken. Diese Vorschläge werden sicher freudigen Anklang überall im Lande finden, denn es ist nicht zu leugnen, daß bisher viele Gemeinden durch die Aufwendungen für das Volksschulwesen in hohem Grade belastet waren, wie nicht minder den unbemittelten und mit Kindern reichgesegneten Familien das Schulgeld manche Sorge bereitete. Wenn hierin eine Erleichterung eintritt, so dürfte für beide Theile Anlaß zur Freude gegeben sein. Daß die Staatsregierung nicht auf die namentlich von den radicalen Parteien vertretene vollständige Aufhebung des Schulgeldes zukommt, können wir nur billigen; es ist das eine jener Forderungen, die als freiheitliches Schlagwort für die Massen gebraucht werden, es lassen sich aber, namentlich auch vom pädagogischen Standpunct aus, sehr triftige Gründe dagegen in das Feld führen.

Eine willkommene Botschaft wird, hauptsächlich in den davon direct berührten Kreisen, die Ankündigung der Aufbesserung der Beamtengehalte und der Wegfall der Pensionsbeiträge für alle Beamten, Geistlichen und Lehrer gewesen sein. Man wird zwar vielleicht hier und da die Gehaltsverbesserung nicht als eine genügend hohe finden, indessen es ist hierbei doch wohl zu berücksichtigen, daß sie bei der großen Menge Derjenigen, auf welche sie zur Anwendung zu kommen hat, doch für den Staatshaushaltsetat bedeutend in das Gewicht fällt und daß hierbei Rücksicht auf die übrigen Steuerzahler des Landes, genommen werden muß. Auch den Gemeindebeamten in mittleren und kleinen Städten und in den Landgemeinden wird eine erwünschte Gabe dadurch zu Theil, daß ihnen in der Thronrede die Gewährung von Pensionen in Aussicht gestellt ist.

Einen der hervorragendsten Puncte in der Thronrede bildet das Eisenbahnwesen des Landes und die Regierung versichert, daß sie sich dessen Hebung auch ferner angelegen sein lassen werde. Den Beweis hiervon giebt die Einstellung der zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Eisenbahnanlagen und Vermehrung ihrer Betriebsmittel erforderlichen Summen in den Etat. Mit großer Freude wird namentlich die Mittheilung von den vorgeschlagenen neuen Eisenbahnbauten in den davon zunächst betroffenen Landesgegenden entgegengenommen worden sein. In der That, wenn irgend unser Land auf Etwas stolz sein kann, so sind es seine so kräftig und blühend entwickelten Eisenbahnen und die Nützlichkeit, mit welcher sie den Interessen der Gesammtbevölkerung dienen.

Nun wir haben die bestimmte Zuversicht, daß der Wortlaut der Thronrede überall im Lande den günstigsten Eindruck hervorgebracht hat und daß sie aufs Neue dazu beitragen wird, das Ansehen unseres Staatswesens nach außen zu wahren. Wir theilen aber auch die in der Thronrede ausgesprochene Zuversicht, daß die Verhandlungen des Landtages zum Heil und Segen des Landes gereichen, daß dessen Vertreter, trotz der sie trennenden kleinen Parteiunterschiede, sich bei allen Fragen brüderlich die Hand reichen werden. Natürlich ist hierbei jenes kleine Häuflein von Abgeordneten ausgeschlossen, welches zwar die ominöse Zahl sieben erreicht hat, indessen keine andere Wirkung hervorbringen kann, als durch langes und heftiges Reden die Berathungen zu stören und zu verzögern und gelegentlich die Entladung eines kleinen parlamentarischen Ungewitters in Gestalt wohlverdienter Erwiderungen und Ordnungsrufe herbeizurufen.

## Frankreich nach der Eröffnung des Parlaments.

Die Lage wird dadurch gekennzeichnet, daß die Boulangisten die Eröffnung der Kammern als das Zeichen zum Beginne von Skandal, die Republikaner aber als die passende Gelegenheit betrachteten, das Streben nach Einigkeit darzuthun. Das wichtigste Ereigniß ist die Wahl Floquet's mit 348 von 510 Stimmen. Die Conservativen gaben weiße Zettel ab, die Boulangisten wählten Boulanger. Einer Mehrheit von 348 gegenüber werden beide Gruppen einen überaus schweren Stand haben, sie können nur Widerstand leisten, aber keine Erfolge erzielen, vorausgesetzt, daß die Einigkeit der Republikaner nicht auf einen bloßen Versuch beschränkt bleibt. Floquet hat in seiner Antrittsrede unter dem lauten Beifall der Mehrheit die Aufgaben, welche die Kammer in dieser Session zu erfüllen habe, treffend als die der Gerechtigkeit bezeichnet im Gegensatz zu einer politischen Aufgabe. Die Kammer habe die Wahlen frei, ehrlich und unparteiisch zu prüfen, wie es den Bestimmungen des allgemeinen Stimmrechts und der Würde der Republik entspreche. Er hat damit in erster Linie auf die Ungiltigkeitserklärung der Wahl Boulanger's hingewiesen, damit Klarheit darüber verbreitet werde, daß diese Maßregel eine Handlung der Gerechtigkeit, nicht aber eine solche der Gewalt sei. Nicht minder beifällig wurde die Rede des Alterspräsidenten Blanc aufgenommen, welche den Sieg der Republik über ihre Feinde verkündete und mit Bezug auf den Erfolg der Ausstellung die Aufgabe der Zukunft in der Mahnung zusammenfaßte, dem Lande Ruhe, Arbeit, wirthschaftliche Sparsamkeit und sociale Gerechtigkeit zu geben.

Dieser Anfang der parlamentarischen Arbeit erweckt die besten Hoffnungen für die weitere Entwickelung. Es ist das erste Mal nach langer Zeit, daß eine starke Mehrheit sich vereinigt, um für Ruhe und Ordnung einzutreten und die letzten Spuren einer Bewegung thatkräftig zu bekämpfen, deren Schädlichkeit allmählich allen Parteien gemeinsam zum Bewußtsein gekommen ist. Die Anhänger der Monarchie fühlen, daß sie durch ihre Verbindung mit Boulanger in der öffentlichen Meinung verloren haben und zeigen sich deshalb beflissen, jede Gemeinschaft mit ihm zu lösen. Der Umschwung kann natürlich nicht schon jetzt in der Weise zu Tage treten, daß die monarchistischen Abgeordneten für einen republikanischen Kammerpräsidenten stimmen und noch dazu für Floquet, welcher den Anhängern der Monarchie stets feindselig gegenübergestanden hat, aber es liegt nicht an Anzeichen für das Vorhandensein der Absicht, die Schärfe des Gegensatzes zwischen Republikanern und Monarchisten zu mildern. Die Aufforderung Leon Say's, eine Republik zu gestalten, welche Allen Zutritt gewähre, hat bereits in dem Plane einen Widerhall gefunden, eine constitutionelle Oppositionspartei zu bilden, welche also die Frage der Staatsform unberührt läßt. Auch das ist neu und fügt sich dem Rahmen ein, welcher das Frankreich des 22. September und 6. October umfaßt. Das neue Frankreich ist dem alten, dessen Hauptstadt am 27. Januar Boulanger zum Abgeordneten wählte, ganz unähnlich, es hat den Hirngespinsten der mit der Verurtheilung Boulanger's abgeschlossenen Epoche den Rücken gewandt und stellt sich auf den Boden der Thatsachen. Die große Mehrzahl der Bevölkerung ist sich endlich bewußt geworden, daß die Aufgaben des Landes nicht außerhalb desselben liegen, sondern daß die Wohlfahrt nur durch das Gedeihen der inneren Entwickelung erreicht werden kann.

Man hat in Frankreich lange Zeit hindurch Vergleichungen zwischen der Niederlage des Jahres 1870 und der Niederlage des Jahres 1806 angestellt und aus dieser unberechtigten Parallele falsche Schlüsse gezogen. Preußen war im Jahre 1806 das Opfer eines ehrgeizigen Eroberers geworden, und wenn es auch an seiner Niederlage nicht ohne Schuld war, so konnte doch der Angreifer für sich nichts anderes geltend machen, als sein Genie und seine Macht. Wie war die Sache aber im Jahre 1870? Frankreich erklärte Deutschland den Krieg, um Preußen für den Sieg bei Königgrätz zu züchtigen, ihm zu beweisen, daß deutsche Einheitsbestrebungen niemals auf die Zustimmung Frankreichs rechnen könnten und daß deshalb der Zustand, welcher vor dem Jahre 1866 bestand, wiederhergestellt werden müsse. Preußen brauchte sieben Jahre, um die ersten Schritte zur Abschüttelung des ihm von Napoleon I. aufgezwungenen Joches zu thun, und schon zwei Jahre später waren die Folgen der Niederlage des Jahres 1806 vollständig überwunden, das Jahr 1815 besiegelte den Sturz des welschen Eroberers und setzte seinem Kriegszügen ein Ziel.

Die Niederlage Frankreichs im Jahre 1870 war das Ergebniß eines hohen Grades von Selbstüberschätzung der Kraft des Landes, sie war die gerechte Vergeltung eines durch Nichts zu rechtfertigenden Friedensbruches und die Lostrennung Elsaß-Lothringens von Frankreich war zugleich eine Handlung der Klugheit und der geschichtlichen Nothwendigkeit. Was Frankreich vor 200 Jahren widerrechtlich sich angeeignet hatte, weil Deutschland in Schwäche und Zwietracht versunken war, wurde mit Deutschland wieder vereinigt, als sein Einheitsbewußtsein erstarkt, und seine Kraft dahin gediehen war, um seine Einheit Frankreich und jedem anderen Feinde und Neider gegenüber zu behaupten.

Daß die Schlacht nach dem Jahre 1870 eine ganz andere war, als nach dem Jahre 1806, bedarf keines Beweises, aber der Zeitpunct ist der rechte, um es zu sagen. Deutschland hat Frankreich keine Gewalt angethan, es hat nichts ihm gegenüber wieder gut zu machen; was mit vollem Recht behauptet werden kann, ist nur, daß es einem vollständigen Sieg in einem ungerechten, von ihm unverschuldeten Kriege sehr mäßig benutzt hat. Frankreich hat von dem Sieger Belfort wieder erhalten, obwohl diese Festung wichtig ist und obwohl sie mit vielem deutschen Blut errungen worden war.

Sowie sich Rußland, Oesterreich und England mit Preußen in dem Entschluß begegneten, den Eroberer Napoleon I. zu vernichten, so steht heute der Dreibund mit England vereint, um den Frankfurter Frieden zu vertheidigen, durch welchen die Abtretung Elsaß-Lothringens an Deutschland vertragsmäßig geregelt worden ist. Frankreich ist durch diesen Gebietsverlust nicht in dem Maße an Macht geschädigt, daß seine Stimme im Rathe der europäischen Völker an Einfluß verloren hätte, nur die maßgebende Stimme, die es sich früher angemaßt hatte, besitzt es heute nicht mehr, aber diese hatte es schon im Jahre 1866 verloren, wenn es auch noch nicht Brief und Siegel über diese Einbuße an Macht besaß, die ihm erst durch den Frankfurter Frieden ausgestellt worden sind.

Deutschland hat keinen heißeren Wunsch, als mit allen Völkern Europas in Frieden und Freundschaft zu leben. Wer gönnen Frankreich den Triumph, das es auf wirthschaftlichem Gebiete durch die Weltausstellung gefeiert hat, wer wünschen, daß es ihm auch in Zukunft gelingen möge, auf dem Weltmarkte die Erfolge zu ernten, welche ihm gebühren. Und weil wir die Blüthe Frankreichs auf allen Gebieten der friedlichen Arbeit neidlos betrachten und bewundern, deshalb begrüßen wir die Eröffnung der gegenwärtigen Parlamentssession mit aufrichtiger Freude als den Beginn einer neuen friedlichen Ernte. Der Friedensbund hat in dem jetzt zur Neige gehenden Jahre so große moralische Errungenschaften zu verzeichnen, er hat sich so sehr befestigt und seinen Einfluß nach allen Seiten hin erstreckt, daß auch Frankreich sich der Wirkung desselben nicht hat entziehen können. Als gleichberechtigter Mitbewerber um den Preis auf allen Gebieten friedlicher Arbeit, wird uns Frankreich stets willkommen sein, wir achten und schätzen die reichen Fähigkeiten des französischen Volkes, aber wir verlangen, daß man uns mit lächerlichen Forderungen, wie der Rückgabe Elsaß-Lothringens in Ruhe läßt. *

## Leipzig, 15. November.

* Hier und da wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Vermehrung der Bevölkerung Deutschlands im Laufe der letzten Jahre eine sehr langsame geworden und der Procentsatz der jährlichen Zunahme zur Zeit in Deutschland geringer sei als in den meisten anderen Ländern. Man hat aus dieser Erscheinung wohl auch den Schluß gezogen, daß die Uebervölkerung des deutschen Reiches eine Thatsache sei. Daß das Reichsgebiet im Ganzen übervölkert ist, dürfte sich jedoch schwerlich behaupten lassen; eine Reihe von Landestheilen ist zur Zeit noch so schwach bevölkert, daß von einer Bevölkerung, welche den vorhandenen natürlichen Ernährungskräften des Bodens entspräche, nicht gesprochen werden kann, geschweige von einer Uebervölkerung. Allerdings ist aber so viel richtig, daß manche Gebiete in ausgesprochenem Maße an Uebervölkerung leiden, und demgemäß ist es nur natürlich, daß die Zunahme der Bevölkerung sich in schwächerm Maße vollzieht als früher. Daß die Intensität, mit welcher auch jetzt noch die Bevölkerungsvermehrung vor sich geht, zu Bedenken keinen Anlaß giebt, ist zweifellos. In dem ersten Jahrzehnt, welches der Neuerrichtung des Reiches folgte, war die Volksvermehrung eine so starke, daß sie mit Recht von hervorragenden Nationalökonomen und Statistikern als übermäßig und bedenklich bezeichnet wurde; es war insbesondere der jüngst verstorbene Rümelin, welcher die Aufmerksamkeit auf diese Erscheinung lenkte. Der wirthschaftliche Aufschwung zu Beginn der siebziger Jahre bewirkte zusammen mit der durch die Reichsgesetzgebung erleichterten Eheschließung eine starke Zunahme der alljährlich geschlossenen Ehen und demgemäß auch eine starke Vermehrung des Geburtenüberschusses. Hätte diese Bewegung fortgedauert, so würden aus derselben mit Nothwendigkeit ernste Uebel- und Mißstände hervorgegangen sein; der Rückgang des Geburtenüberschusses ist dagegen ein Beweis dafür, daß sich die Vermehrung der Bevölkerung wieder in ein richtigeres Verhältniß zu der Ernährungsfähigkeit des Landes und zu dem Nationalwohlstande zu stellen beginnt. Es ist aber keineswegs ein Anlaß für den Staat gegeben, durch besondere Mittel auf eine Steigerung hinzuwirken. Die Verhältnisse liegen in dieser Hinsicht bei uns ganz anders als in Frankreich. Das geht zur Genüge schon aus der Thatsache hervor, daß in einer erheblichen Anzahl der französischen Departements der Bevölkerungsabgang den Bevölkerungszugang überwiegt. Wir können mit der Bewegung der Bevölkerung ganz zufrieden sein und haben zu Besorgnissen durchaus keinen Grund, während man in Frankreich allerdings berechtigt ist, angesichts der seit Jahren beobachteten Verminderung der Fähigkeit, den Abgang zu ergänzen, die Frage aufzuwerfen beginnt: wohin es mit der französischen Nation noch kommen wird.

* Die Commission zur Vorberathung über die Herbeiführung gemeinsamer Grundzüge bei der Genehmigung und Revision von Dampfkesseln hat während der letzten Tage unter Vorsitz des Geh. Oberregierungsraths Lohmann im Reichsamt des Innern verschiedene Conferenzen abgehalten und am Dienstag ihre Berathungen geschlossen. Es handelte sich dabei um Erörterungen der Frage, ob es nicht möglich ist, das gesammte Gesetzgebungs- und Verordnungsgebiet, das sich auf die Dampfkessel bezieht, also nicht blos die Dampfkesselanlagen, sondern auch deren Revisionen betrifft, von Reichswegen oder wenigstens einheitlich zu regeln. Zur Zeit sind gewisse Fragen, wie die der Concessionspflichtigkeit durch die Gewerbeordnung, die der Anlegung von Dampfkesseln einheitlich durch Bundesrathsbeschluß geordnet, während eine ganze Reihe anderer und unter ihnen die Frage der Revisionen von Seiten der Landesregierungen erledigt werden.

* Aus den deutschfreisinnig-socialdemokratischen Wahlgeheimnissen dürfte folgende Mittheilung interessant sein. Auf dem jüngsten socialdemokratischen Parteitag in Breslau theilte ein Redner mit: Bei den letzten Landtagswahlen habe sich leider der Parteigenosse Cigarrenmacher Clar bestimmen lassen, für lumpige 50 ℳ seine Parteifreunde für die freisinnigen Wahlen zu erwärmen.

* Aus dem Großherzogthum Hessen wird geschrieben: Die großherzogliche Staatsregierung hat in der Zweiten Ständekammer einen Gesetzentwurf eingebracht, nach welchem die Gehaltsverhältnisse der Volksschullehrer in folgender Weise geordnet werden sollen. Bei gewissenhafter und tadelloser Dienstführung hat jeder endgiltig angestellte Lehrer nach fünfjähriger Dienstzeit 1000 ℳ Gehalt und in fünfjährigen Perioden je 100 ℳ Zulage bis zum höchsten Satze von 1600 ℳ, welcher mit 30 Dienstjahren erreicht wird, zu beziehen. In Orten mit 11 und mehr Lehrern beträgt das höchste Gehalt 1800 ℳ. Die Regelung der Lehrergehälter wird auf Grund angestellter Berechnungen für die Staatscasse eine jährliche Mehrausgabe von 160 000 bis 170 000 ℳ veranlassen.

* Abgeordneter v. Soden begründete am Mittwoch in der bayerischen Kammer den Centrumsantrag, betreffend die Zurückberufung der Redemptoristen. Cultusminister Freiherr von Lutz erklärte, er stehe dieser Frage wohlwollend gegenüber. Würde es sich um einen gewünschten Beweis des Wohlwollens gegen Bayern handeln, so würde der Bundesrath gewiß die Zurückberufung gestatten. Es handle sich aber um die principielle Durchführung eines Reichsgesetzes. Die bayerische Regierung werde daher bei dem Bundesrathe nachzuweisen haben, daß die Redemptoristen keine den Jesuiten verwandte Congregation sei. Nachdem v. Schauß nach Namens der Linken erklärt hatte, daß sie dem Antrage nicht zustimmen könne, wurde der Antrag des Centrums mit 81 gegen 74 Stimmen angenommen.

* * *

* Auf Ansuchen der bulgarischen Regierung willigte die serbische Regierung ein, die Verhandlungen wegen Abschlusses einer Handelsconvention zwischen Serbien und Bulgarien in Sofia wieder aufzunehmen unter der seitens Bulgariens angenommenen Bedingung, daß, falls die Verhandlungen zum Abschluß führen, die Convention in Belgrad unterzeichnet werde. — Die Meldung der „Correspondence de l'est", nach welcher Peter Karagiorgievic von der Skupschtina für sich und seine Familie das Recht, nach Serbien zurückzukehren, erbeten und erklärt hätte, daß er zu namhaften Geldspenden bereit wäre, ist vollständig unbegründet. — Nach Mittheilungen verschiedener Blätter ist ein Theil der nothleidenden Montenegriner in Prokuplje eingetroffen. Für dieselben soll bekanntlich in Kurschumlje ein Krankenhaus errichtet werden.

* Der Regierungsrath von Bern hat die Volksabstimmung über die Eisenbahnfusion auf Sonntag, den 8. December, festgesetzt.

* Der katholische Bischof von Limerick in Irland, Dr. O'Dwyer, hat den Priestern seiner Diöcese die Befugniß genommen, Personen zu absolviren, welche sich des Boycottirens schuldig gemacht und am Feldzugsplane in irgend einer Weise betheiligt haben. Alle diese Personen müssen dem Bischof persönlich um Absolution nachsuchen. Dieser Bischof focht also das vom Papste gefällte Verdammungsurtheil über das Boycottiren und den „Feldzugsplan" auf kirchlichem Boden praktisch zur Geltung zu bringen.

SLUB
Wir führen Wissen.